

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 278 – 23. Juni 2023

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

meine Sitzungswoche endete heute mit einer Rede zu Änderungen des Lobbyregistergesetzes. Die Einführung des Lobbyregisters wurde in der vergangenen Legislaturperiode von der Großen Koalition beschlossen. In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampel vollmundig angekündigt, das Lobbyregistergesetz nachzuschärfen und für mehr Transparenz zu sorgen. Den Gesetzentwurf, den die Ampel nun vorgelegt hat, sieht allerdings das Gegenteil vor. Ziel der Ampel ist es offenbar, zu verhindern, dass links-grüne Vorfeldorganisationen und NGOs ihre Finanzierungsquellen offenlegen müssen. Alle Infos dazu im Video meiner Rede:

<https://www.youtube.com/watch?v=IsoNVNXVcso>

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Gute Nachrichten für Strotzbüsch und Lauperath

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch die Mittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm für die Sanierung der Kirche St. Vincentius in Strotzbüsch und die Kultur-Kapelle St. Fides, Spes und Cartias in Lauperath freigegeben.

Für die Sanierung des alten Kirchturms der St. Vincentiuskirche stehen 42.550 Euro vom Bund bereit. Die Kultur-Kapelle Lauperath erhält 157.900 Euro. Mit den Geldern sollen sowohl das Dach und die Außenfassade der Kirche als auch der Kircheninnenraum saniert werden.

Im März und im Mai habe ich mir bei Ortsterminen ein persönliches Bild vom aktuellen Zustand der Kirchengebäude gemacht und freue mich nun sehr, dass sich unsere Bemühungen ausgezahlt haben. Dass gleich zwei Projekte aus dem Wahlkreis beim dem vielfach überzeichneten

Förderprogramm bezuschusst werden, ist ein toller Erfolg. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Kirchen für künftige Generationen zu erhalten.

Ampel saniert Haushalt zulasten ländlicher Räume

Bundesfinanzminister Christian Lindner plant, die Mittel für das Programm "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) im kommenden Jahr um 300 Millionen Euro zu kürzen. Das GRW-Programm ist das wichtigste Programm des Bundes für die regionale Strukturpolitik. Strukturschwache Regionen werden dabei unterstützt, um Standortnachteile auszugleichen. Davon profitiert insbesondere der ländliche Raum. Dass Finanzminister Lindner nun ausgerechnet hier den Rotstift ansetzt, entsetzt mich.

Das Saldo im Bundeshaushalt, das unter anderem durch milliardenschwere Projekte wie das Bürgergeld entstanden ist, soll nun auf Kosten des ländlichen Raums ausgeglichen werden.

Die Strukturhilfen sind wichtige finanzielle Grundlagen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wieder einmal verabschiedet sich die Bundesregierung von diesem Leitgedanken des politischen Handelns und setzt den Urbanisierungsdruck unbeirrt fort. Wenn aber immer mehr Menschen in städtische Ballungszentren ziehen, wird das am Ende mehr Kosten verursachen als jetzt kurzfristig bei Struktur-Förderprogrammen eingespart werden kann.

Union setzt sich für den Schutz des Weinbaus ein

Als Unionsfraktion wollen wir dem deutschen Weinbau den Rücken stärken. Deshalb setzen wir uns in dieser Woche mit einem Antrag dafür ein, dass die Interessen der Winzer bei den EU-Verhandlungen zur Pflanzenschutzmittelreduktion in der Landwirtschaft berücksichtigt werden.

Im Europäischen Parlament wird im Moment über eine neue Verordnung zur Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln beraten. In Schutzgebieten steht unter anderem ein Totalverbot zur Debatte. Dies würde auch Anbaugebiete an der Mosel treffen. Bei einem Totalverbot wäre Weinbau dort de facto nicht mehr möglich.

Gemeinsam mit unseren CDU/CSU-Kolleginnen und Kollegen, die als Teil der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament gegen diese Pläne kämpfen, setzen wir uns gegen ein Totalverbot ein. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine Entschärfung der Richtlinie einzusetzen und im Sinne der Winzerinnen und Winzer zu handeln.

Krankenhäuser protestieren gegen Politik der Bundesregierung

"Alarmstufe Rot" war das Motto eines bundesweiten Aktionstags in dieser Woche, mit der die Krankenhäuser auf ihre prekäre Situation aufmerksam gemacht und gegen die Politik der Bundesregierung demonstriert haben. Aus unserer Region hat zum Beispiel das Maria Hilf in Daun an der Aktion teilgenommen. Die extremen Preissteigerungen und fehlende finanzielle Unterstützung bei der Bewältigung der Inflation stellen nahezu alle Krankenhäuser vor große Probleme. Fast jedes zweite Krankenhaus in Deutschland ist mittlerweile von der Insolvenz bedroht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits vor einem Jahr einen Antrag für ein Soforthilfeprogramm für Krankenhäuser in den Bundestag eingebracht und vor der drohenden Notlage gewarnt. Die Bundesregierung hat bislang leider nicht gehandelt. Und so spitzt sich die Lage weiter zu. Damit die Versorgungssicherheit der Patienten nicht gefährdet wird, muss Bundesgesundheitsminister Lauterbach jetzt verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen.

Landwirtschaftskongress der CDU/CSU-Fraktion

Am Mittwoch hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Kongress zur Zukunft der Landwirtschaft veranstaltet. Dabei haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie wir unsere Ernährung sichern können.

Eine wichtige Forderung, die wir in dieser Woche mit einem Antrag in den Bundestag einbringen, bezieht sich auf die geplante Stilllegung von vier Prozent der Agrarflächen ab 2024. Mit diesem Vorhaben will die EU Biodiversitätsleistungen erhalten und steigern. Die Fläche fehlt dann allerdings für die Lebensmittelproduktion, obwohl die Ernährungslage weltweit infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine weiterhin schwierig ist. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung deshalb auf, sich in Brüssel für die Aussetzung der geplanten Agrarflächen-Stilllegung über das laufende Jahr 2023 hinaus einzusetzen.

Besonders habe ich mich gefreut, meinen ehemaligen Kreistagskollegen aus dem Eifelkreis Bitburg-Prüm Berthold Majerus bei dem Landwirtschaftskongress zu treffen. Als Experte für den Agrarsektor konnte er wertvolle Erfahrungen einbringen.

50-jähriges Jubiläum der Reservistenkameradschaft Lissendorf

Am vergangenen Samstag hat die Reservistenkameradschaft Lissendorf ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Als Schirmherr des Jubiläums gratuliere ich den Kameraden sehr herzlich und danke für das große Engagement. Alles Gute für die Zukunft!

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de